

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die Kreistagssitzung am 8.12.2016 wird denjenigen, die anwesend waren, sicher in Erinnerung bleiben. Dazu tragen nicht nur die Wortbeiträge der Abgeordneten bei, sondern auch die Zusammensetzung des Publikums. Während das linke Spektrum kaum präsent war, war die Gegenseite deutlich sichtbar vertreten. Fast konnte man das Gefühl bekommen, es sei eine Art „Saalschutz“ anwesend. Aber ganz so schlimm wie 1933 war es diesmal noch nicht.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 11 – Resolution gegen Bedrohung von Mitgliedern des Kreistages

Beim Blick in die Berichterstattung der Lokalpresse könnte man meinen, dieser TOP habe in der Kreistagssitzung nur wenig Raum eingenommen. Es war aber in Wirklichkeit das Kernstück der Debatte, ausgelöst durch einen Antrag der Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI, eine Resolution gegen rechte Gewaltandrohungen zu verabschieden.

Hintergrund ist ein Ereignis am 12. November, als nach einer Kundgebung des Nazi-„Freundeskreises“ in Duderstadt einige der Teilnehmer weiter nach Göttingen gefahren sind. Mit einem Megafon sind vor dem Wohnhaus der Familie Ramaswamy Aussagen wie „ wir kriegen euch alle“ gemacht worden. Im März dieses Jahres wurde die Familie Ramaswamy bereits in ähnlicher Weise bedroht. Zudem haben Neonazis am 12.11.2016 auf dem Albani-Platz Jugendliche angegriffen und verletzt.

Zum Antrag unserer Gruppe gab es einen Gegenvorschlag, der als „interfraktioneller Antrag“ eingebracht wurde. Beteiligte waren dabei nicht nur SPD, CDU und Grüne. Auch die „AfD“ wurde mit ins Boot geholt. Eine kritische Distanz der sich selbst gern als „links“ gebärenden Grünen oder der SPD gegenüber der „AfD“ ist also nicht vorhanden, es wird vielmehr gemeinsame Sache gemacht.

In dem peinlichen „interfraktionellen“ Vorschlag war von den Ereignissen des 12. November dann überhaupt keine Rede mehr. Vielmehr wurde die klassische gutbürgerliche Leier vom politischen „Extremismus“ abgespult, wo Rechte und Linke gleichgesetzt werden.

Unsere Gruppe hielt ihren eigenen Antrag aufrecht, der von Rieke Wolters (Die PARTEI) eingebracht und begründet wurde. CDU-Noack verließ mit der Bemerkung „Das höre ich mir nicht an“ für diese Zeit den Saal. In den Redebeiträgen von SPD und Grünen wurde dann zwar ein gewisses Verständnis für unsere Sicht geäußert, dennoch wurde eisern an der „interfraktionellen“ Wischiwaschi-Variante festgehalten, da diese „umfassender“ sei. Ebenso wurde die Einbindung der „AfD“ verteidigt, obwohl Eckhard Fascher und Hans-Georg Schwedhelm nochmal die völlig unterschiedlichen Intentionen beider Anträge deutlich machten.

In der Abstimmung waren sich dann auch, bis auf unsere Gruppe versteht sich, alle einig. Selbst der Abgeordnete Göthel, der auf der „AfD“-Liste in den Kreistag gewählt wurde und dem Neonazi-Feindeskreis-Spektrum zuzurechnen ist, zeigte sich zufrieden und stimmte mit der SPD/Grünen/AfD/usw.-Front.

Für uns ist die Debatte damit nur im Kreistag beendet, für den dies der schwärzeste Tag seit Jahren war.

TOP 7 – Geschäftsordnung für den Kreistag

Die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI hatte eine Vielzahl von Änderungen der GO beantragt, um die Rechte der Abgeordneten zu stärken und mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Beispielsweise sollte es Bürger*innen ermöglicht werden, nicht nur Fragen zu stellen, sondern auch Stellungnahmen abzugeben und dies nicht nur im Anschluss an die Sitzung oder in einer Unterbrechung, sondern dann, wenn es wirklich passend ist. Außerdem sollte es Abgeordneten ermöglicht werden, mündliche Anfragen zu stellen und sich in allen Fachausschusssitzungen äußern zu dürfen.

Zu diesem Antrag hielt die Verwaltung es nötig, bereits vor der Beratung eine Stellungnahme abzugeben, in der praktisch alle Anregungen als undurchführbar dargestellt wurden. Die Abgeordneten der anderen Fraktionen gaben entsprechende Stellungnahmen ab. Grünen-Fraktionschef Worbes kam gar wieder mit dem abgedroschenen Vorwurf, es handle sich um „linken Populismus“, um anschließend ohne Sachargumente weiterzureden. Sein SPD-Kollege Dierkes äußerte zum Thema Bürgerfragen, die Leute sollten die Abgeordneten doch in ihren Dörfern ansprechen.

Die Frage von Mohan Ramaswamy, wovon die anderen eigentlich Angst hätten, blieb nach der Debatte im Raum stehen, unsere Vorschläge wurden von der Mehrheitsgruppe, wie von ihren neuen Freunden bis ganz rechts, abgelehnt.

TOP 18 – Besetzung der Planstelle der Kreisrätin / des Kreisrates

Vorgeschlagen wurde die bisherige Samtgemeindebürgermeisterin von Gieboldehausen, und frühere Kämmerin des Kreises Marlies Dornieden, CDU. Dies hatten die neoliberalen Parteien so ausgekungelt. Unsere Gruppe sah keinen Grund, bei dieser „Wahl“ zuzustimmen. Da die fachliche Qualifikation der Bewerberin jedoch hervorragend ist, haben wir uns enthalten.

TOP 22 – Jahresabschluss 2015 der Volkshochschule

Unter diesem TOP wurden die Vorwürfe gegen den früheren Geschäftsführer thematisiert. Eine Anfrage, die wir dazu gestellt hatten, wurde im nichtöffentlichen Teil beantwortet, die Qualität der Antwort spottet jeder Beschreibung. Vorgeworfen wurde dem Geschäftsführer die Veruntreuung von Geschäftsvermögen.

TOP 34 - Jagdsteuer

Obwohl ihr Aufkommen minimal ist, wurde diese Bonzensteuer gegen die Stimmen unserer Gruppe auch noch gesenkt. Eckhard Fascher zeigte dafür völliges Unverständnis, da sie keinen der vermögenden Jagdpächter vom Jagen abhält, dafür sich aber der Kreis rund 30.000 Euro entgehen lässt.